



Niederschrift 86. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 12.12.2018
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:50 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

| | | |
|-----------------------------------|-----------------------|---------------|
| Herr Mike Schubert | Oberbürgermeister | |
| Frau Birgit Müller | DIE LINKE | |
| Frau Dr. Sigrid Müller | DIE LINKE | |
| Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg | DIE LINKE | ab 17:55 Uhr |
| Frau Dr. Karin Schröter | DIE LINKE | |
| Herr Pete Heuer | SPD | bis 18:45 Uhr |
| Herr David Kolesnyk | SPD | bis 19:00 Uhr |
| Frau Anke Michalske-Acioglu | SPD | |
| Herr Peter Schultheiß | SPD | |
| Herr Claus Wartenberg | SPD | bis 18:00 Uhr |
| Herr Günter Anger | CDU/ANW | |
| Herr Matthias Finken | CDU/ANW | |
| Frau Janny Armbruster | Bündnis 90/Die Grünen | bis 19:42 Uhr |
| Herr Peter Schüler | Bündnis 90/Die Grünen | |
| Herr Wolfhard Kirsch | Bürgerbündnis-FDP | |
| Herr Dennis Hohloch | AfD | |

stellv. Ausschussmitglieder

| | | |
|---------------------------|-----------|---------------|
| Herr Klaus-Peter Kaminski | DIE LINKE | bis 17:55 Uhr |
| Herr Dr. Hagen Wegewitz | SPD | ab 18:00 Uhr |
| Herr Klaus Rietz | CDU/ANW | |

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

| | | |
|--------------------|------------|--------------|
| Herr Horst Heinzl | CDU/ANW | entschuldigt |
| Herr André Tomczak | DIE aNDERE | entschuldigt |

Schriftführerin:

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
29.11.2018
- 3 Finanzielle Unterstützung bei der Betreuung von Flüchtlingskindern in der
Kindertagesbetreuung 2018
Vorlage: 18/SVV/0924
Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese
Vorlage: 18/SVV/0348
Fraktion DIE aNDERE
 - 4.2 Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld
Vorlage: 18/SVV/0735
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
 - 4.3 Reorganisation der Geschäftsbereiche 2 und 3
Vorlage: 18/SVV/0768
Fraktion DIE LINKE
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
 - 5.1 Verfahrensvorschlag zur Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung an der
Erstellung der Elternbeitragsordnung
gemäß Beschluss: 18/SVV/0385
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und
Ordnung
 - 5.1.1 Erarbeitung der für 2019 geltenden Empfehlungen für eine Beitragsordnung
Vorlage: 18/SVV/0932
Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
 - 5.2 Informationen zum Stand der Überlastung der Verwaltung
gemäß Beschluss: 18/SVV/0780
 - 5.3 Personalbericht der Landeshauptstadt Potsdam 2018
Vorlage: 18/SVV/0930
Oberbürgermeister, Fachbereich Recht, Personal und Organisation

- 5.4 Zertifizierter Fahrradfreundlicher Arbeitgeber - 2. Zwischenbericht
Vorlage: 18/SVV/0923
Oberbürgermeister, Fachbereich Recht, Personal und Organisation
- 5.5 Sachstandsbericht Städtepartnerschaften 2018
Vorlage: 18/SVV/0927
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.6 Studie zur Entwicklung der Ehrenamtskoordination in der Landeshauptstadt
Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0934
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.7 Sachstand Integrationsmonitoring
gemäß Beschluss: 17/SVV/0384
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.11.2018

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 17 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückstellungen:

- Der **Tagesordnungspunkt 4.1**, Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese, DS 18/SVV/0348, soll zurückgestellt werden, da das Votum des Ausschusses für Bildung und Sport fehlt.
- Der **Tagesordnungspunkt 4.2**, Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld, DS 18/SVV/0735, soll zurückgestellt werden, da die Voten der Ausschüsse für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung, Gesundheit, Soziales und Inklusion sowie Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und des Jugendhilfeausschusses fehlen.

Änderungen in der Reihenfolge:

- Der **Tagesordnungspunkt 4.3**, Reorganisation der Geschäftsbereiche 2 und 3, DS 18/SVV/0768 soll gemeinsam mit den **Tagesordnungspunkten 5.2**, Informationen zum Stand der Überlastung der Verwaltung und **5.3**, Personalbericht der Landeshauptstadt Potsdam 2018 behandelt werden.

Erweiterungen:

- Unter **6.**, **Sonstiges**, wird die Anfrage aus der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, DS 18/SVV/0895 Wohnungstauschzentrale aufgerufen.

Gegen die so geänderte Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 85. Sitzung des Hauptausschusses vom 29.11.2018 erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3 Finanzielle Unterstützung bei der Betreuung von Flüchtlingskindern in der Kindertagesbetreuung 2018

Vorlage: 18/SVV/0924

Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein. Auf die Anmerkung von Frau Dr. Müller, dass sie die angegebene Zahl der zu betreuenden Kinder und die bereitgestellten Mittel für sehr niedrig halte, verweist er auf den Punkt 3 der Beschlussvorlage. Demzufolge werde den Stadtverordneten im Juni 2019 das Ergebnis aus der Teilnahme am Bundesprogramm „Qualität vor Ort“ eine Vorlage zur Entscheidung vorgelegt, die auch die Förderung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien beinhalte. Insofern könne er zu den genannten Zahlen keine andere Aussage machen.

Der Hauptausschuss beschließt:

- 1. Den freien Trägern der Kindertagesbetreuung und Tagespflegepersonen wird für den zusätzlichen Aufwand, welcher im Rahmen der Betreuung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien entsteht, pauschal 240,00 EUR pro Flüchtlingskind und Monat für das Jahr 2018 erstattet.**
- 2. Die Pauschale wird gewährt**
 - auf der Grundlage einer Abrechnung der betreuten Kinder nach vollen Monaten,
 - unabhängig des Betreuungsumfangs, in den Altersgruppen der betreuten Kinder von 0 bis zum Ende des Grundschulalters und
 - in der Regel maximal für 12 Monate für das jeweilige Kind, beginnend ab der erstmaligen Aufnahme des Kindes in Kindertagesbetreuung in der Landeshauptstadt Potsdam. Eine Betreuung über 12 Monate hinaus kann im begründeten Einzelfall durch den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie auf Antrag gewährt werden.

3. Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie wird beauftragt, im Juni 2019 das Ergebnis aus der Teilnahme an dem Bundesprogramm „Qualität vor Ort“ zum Thema – Kindertagesbetreuung auf dem Weg zur Inklusion / Kinder mit besonderen Bedarfen – der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen. Der Entscheidungsvorschlag muss die Förderung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien beinhalten.
4. Sollte das Land Brandenburg kurzfristig eine analoge Regelung durch ein Landesgesetz erlassen, entfällt die Gewährung der Pauschale durch die Landeshauptstadt Potsdam ersatzlos.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|-----------|
| Zustimmung: | 16 |
| Ablehnung: | 0 |
| Stimmenthaltung: | 1 |

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese

Vorlage: 18/SVV/0348

Fraktion DIE aNDERE

zurückgestellt - das Votum des Ausschusses für Bildung und Sport fehlt.

zu 4.2 Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld

Vorlage: 18/SVV/0735

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

zurückgestellt - die Voten der Ausschüsse für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung, Gesundheit, Soziales und Inklusion sowie Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und des Jugendhilfeausschusses fehlen.

zu 4.3 Reorganisation der Geschäftsbereiche 2 und 3

Vorlage: 18/SVV/0768

Fraktion DIE LINKE

Entsprechend der vereinbarten Tagesordnung werden die **Punkte 4.3, 5.2 und 5.3** zusammen behandelt.

Frau Krusemark, Leiterin des Fachbereichs Recht, Personal und Organisation, verweist anhand eine Powerpointpräsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) auf die „kleine Umstrukturierung“ vor 5 Jahren und den damit verbundenen Auftrag, der Personalentwicklung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Ziel war es, den Personalaufwand durch die Absenkung des Stellenquotienten zu begrenzen. Damit sei klar gewesen, dass es flankierender Maßnahmen bedürfe, wie der Aufgabenkritik, der Prozessanalyse und des gezielten Einsatzes der IT-Technik. Im Weiteren seien Maßnahmen und Verantwortlichkeiten definiert worden, die im Masterplan

Personal mündeten. Daraus ableitend wurde in einem Prozess das interne Leitbild entwickelt, die Dienstvereinbarung leistungsorientierte Bezahlung überarbeitet und alle 2 Jahre ein Personalbericht erstellt, in dem die Ziele aus dem vergangenen Bericht abgerechnet wurden.

Anschließend erläutert Herr Schneider, Bereichsleiter Personal und Organisation, den Personalbericht und geht auf die Stellenentwicklung, das Gesundheitsmanagement und die Entwicklung von Ausfalltagen in der Stadtverwaltung ein.

Im Weiteren werden von Herrn Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, die sich daraus ergebenden zentralen Herausforderungen, wie die Senkung des Krankenstandes, die Senkung der freien Stellenanteile und die Sicherung des Wissenstransfers durch altersbedingtes Ausscheiden von Mitarbeitenden erläutert und der angekündigte Stellenaufwuchs begründet. Im Januar 2019 werde eine entsprechend vollständige Mitteilungsvorlage dazu vorgelegt.

Der Oberbürgermeister betont, dass die anstehenden Aufgaben nicht allein über die Digitalisierung der Arbeitsabläufe aufzufangen seien, da deren Umsetzung erst nach 3 bis 5 Jahren wirksam werde. Er erläutert weiterhin die von ihm vorgenommenen Organisationsveränderungen in seinem Geschäftsbereich und die Gliederung der Verwaltung. Die verantwortlichen Beigeordneten bzw. der Dezernent des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung stellen die jeweiligen Veränderungen in ihrem Verantwortungsbereich vor.

Anschließend werden die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder wie von Herrn Kirsch zu den Personalkapazitäten im Bereich Bauleitplanung, von Frau Dr. Müller zur Zusammenfassung der Themen Bürgerhäuser, Bürgerhaushalt, Bürgerbüro und Bürgerbeteiligung, von Herrn Dr. Scharfenberg zum bürgerschaftlichen Engagement generell, von Frau Dr. Schröter zum Format des Dezernates (Geschäftsbereich 5), von Herrn Hohloch zu konkreten Maßnahmen zur Senkung des Krankenstandes, von Frau Birgit Müller zur Ansiedlung des Themas Städtepartnerschaften im Büro des Oberbürgermeisters, von Herrn Schultheiß zur eventuellen Änderung der Ausschusszuständigkeit, von Frau Armbruster zur Ansiedlung der Themen strategische Steuerung, Klimaschutz und Wirtschaftsförderung und von Herrn Schüler zum Wirken der aus seiner Sicht widerstreitenden Einheiten des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, beantwortet.

In der weiteren Diskussion verweist Herr Dr. Scharfenberg darauf, dass diese erheblichen Veränderungen in der Struktur auch bedeuten, dass sich die Mitarbeitenden verändern müssen. Wenn „das gut gemacht sei“, müsste sich die Zufriedenheit in der Verwaltung erhöhen, so dass er auf sich daraus ableitende positive Synergien hoffe. Er sei sehr interessiert an den Wirkungen der Strukturveränderungen und an einer Begleitung dieses Prozesses durch die Stadtverordnetenversammlung bzw. den Hauptausschuss. Er fragt unter Verweis auf den im Vorfeld ausgereichten Brief von Herrn Finken mit mehreren Teilfragen, nach, ob diese nunmehr ausreichend beantwortet seien.

Herr Finken bestätigt die ausreichende Beantwortung seiner Fragen durch die Berichterstattung; nun sei er gespannt auf die angekündigte Vorlage. Der Oberbürgermeister führt aus, dass in der nächsten Zeit noch viel „passieren“ werde und viele der offenen insbesondere im Geschäftsbereich 5 zusammenzuführen seien. Er kündigt an, darüber regelmäßig informieren zu wollen; ein erster Schritt sei die in Rede stehende Mitteilungsvorlage. Seine Nachfrage, ob damit die Drucksache 18/SVV/0768 erledigt sei, bejaht Herr Dr. Scharfenberg. Bezüglich des Auftrags an die Verwaltung (Beschluss 18/SVV/0780) – Stand der Überlastung der Verwaltung - bittet Frau Dr. Müller

darum, das Problemfeld im Auge zu behalten und sich über das „Wie“ zu verständigen. Herr Jetschmanegg entgegnet, dass es bereits geplant sei, transparenter darüber zu informieren. Allerdings seien die vorgegebenen Fristen derzeit das Problem, so dass die Zeitschiene angepasst werden sollte.

**zu 5.2 Informationen zum Stand der Überlastung der Verwaltung
gemäß Beschluss: 18/SVV/0780**

siehe Tagesordnungspunkt 4.3

**zu 5.3 Personalbericht der Landeshauptstadt Potsdam 2018
Vorlage: 18/SVV/0930**
Oberbürgermeister, Fachbereich Recht, Personal und Organisation

siehe Tagesordnungspunkt 4.3

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 5.1 Verfahrensvorschlag zur Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung an
der Erstellung der Elternbeitragsordnung
gemäß Beschluss: 18/SVV/0385**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und
Ordnung

**zu 5.1.1 Erarbeitung der für 2019 geltenden Empfehlungen für eine Beitragsordnung
Vorlage: 18/SVV/0932**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und verweist auf den aktuellen Sachstand der Abstimmungen sowie auf einen avisierten Gesprächstermin in der kommenden Woche mit den Beteiligten. Er betont, dass auf Anfrage der Fraktion Bürgerbündnis-FDP das Ministerium des Innern geantwortet habe und die Rückzahlung der zu viel gezahlten Elternbeiträge nicht der kommunalaufsichtlichen Genehmigung unterliege. Allerdings gebe es Grenzen bei der Ausübung des Ermessens; näher beschrieben wurden diese allerdings nicht. Er kündigt an, den von der Stadtverordnetenversammlung zu fassenden Beschluss dem Ministerium nochmals vorzulegen.

Im Weiteren weist er darauf hin, dass der in der Mitteilungsvorlage enthaltene Fahrplan für die Erarbeitung einer neuen Elternbeitragsordnung so nicht funktioniere, weil noch zu viele Fragen offen seien – für die Erarbeitung werde externe Unterstützung in Anspruch genommen. Da es auch um die Ermittlung des Bedarfs an organisatorischen und prozessualen Veränderungen bei der Erarbeitung der Elternbeitragsordnung gehe, werde eine Arbeitsgruppe unter Mitwirkung des Rechnungsprüfungsamtes, des Geschäftsbereiches Bildung und Sport sowie des Bereiches Recht gebildet; Herr Kümmel übernehme die koordinierende Funktion. Bis zur nächsten Hauptausschusssitzung im Januar

solle der Zeitplan und die konkrete Zusammensetzung erarbeitet und vorgestellt werden, so dass das Thema einen Abschluss finde.

zu 5.4 Zertifizierter Fahrradfreundlicher Arbeitgeber - 2. Zwischenbericht

Vorlage: 18/SVV/0923

Oberbürgermeister, Fachbereich Recht, Personal und Organisation

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.5 Sachstandsbericht Städtepartnerschaften 2018

Vorlage: 18/SVV/0927

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Nachdem Frau Müller der anwesenden Bereichsleiterin Frau Dr. Sommer für die Arbeit im vergangenen Jahr gedankt hat, wird die **Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.**

**zu 5.6 Studie zur Entwicklung der Ehrenamtskoordination in der
Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 18/SVV/0934

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter für Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, erläutert anhand einer Powerpointpräsentation die vorliegende Studie. Nach Beantwortung einiger Rückfragen wird die **Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.**

**zu 5.7 Sachstand Integrationsmonitoring
gemäß Beschluss: 17/SVV/0384**

Frau Grasnack, Integrationsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam, verweist auf den Auftrag der Stadtverordnetenversammlung, das Integrationsmonitoring der Landeshauptstadt Potsdam der aktuellen Rechtslage und dem aktuellen Integrationskonzept anzupassen und den Leitgedanken „Fördern und Fordern“ konsequent umzusetzen. Dabei solle insbesondere der Aspekt „Fordern“ aufgenommen und so integriert werden, dass substantielle Aussagen zum Erfolg der Integrationsmaßnahmen möglich sind, damit notwendige Korrekturen erkannt und vorgenommen werden können. Dem Hauptausschuss sollte bis Dezember 2018 die angepasste Struktur sowie die Erweiterung der Indikatoren für die Zielgruppe der Geflüchteten, einschließlich der entsprechenden fachlichen und personellen Ressourcen vorgestellt werden.

Sie führt weiter aus, dass eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe an der Umsetzung dieses Beschlusses arbeite und im Mai 2018 ein Zwischenbericht gegeben wurde; ein weiterer im September 2018. Für die **Berichterstattung im Dezember 2018** ergebe sich die Schwierigkeit, dass die gesammelten Erkenntnisse genutzt bzw. in Zusammenarbeit mit anderen Städten, mit der KGST und mit externen Partnern Indikatoren, die die Beschreibung des

Integrationsprozesses von Geflüchteten unterstützten, entwickelt werden sollen. Die abschließende Bearbeitung der Aufgabe benötige aber noch Zeit und eine intensive Auseinandersetzung der Fachbereiche zum Thema. Der Bereich Statistik kann aufgrund der Vor- und Nachbereitung der Wahlen auch nur bedingt unterstützende tätig werden, so dass die abschließende Bearbeitung bis April 2019 erfolgen werde.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 6 **Sonstiges**

Anfrage aus der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, DS 18/SVV/0895 - Wohnungstauschzentrale

Die dazu schriftlich ausgereichte Antwort, so der Oberbürgermeister, beinhaltet den Zeitplan für die dafür notwendige Vergabe. Rückfragen gibt es diesbezüglich nicht.

Im Weiteren verweist Herr Dr. Scharfenberg auf die im Rahmen der Einwohnerfragestunde zugesagte öffentliche **Veranstaltung** zum Wegfall des Parkhauses **im Zentrum Ost** (Abriss der sogenannten „Wohnschlange“) einschließlich der **Verkehrsproblematik** in diesem Wohngebiet und fragt, wann diese stattfinden werde und ob es geplant sei, alle Einwohnerinnen und Einwohner dazu einzuladen.

Herr Rubelt entgegnet, dass der **ruhende Verkehr** insgesamt Thema sein werde; allerdings benötige die Verwaltung für die Vorbereitung noch etwas Zeit und werde einen Termin im I. Quartal 2019 auswählen.

Ehrenrat

Frau Birgit Müller informiert, dass sich der Ehrenrat der Stadtverordnetenversammlung in der Pause der letzten Sitzung dazu verständigt habe, die jährliche Berichterstattung im Mai 2019 per Mitteilungsvorlage vorzulegen. Darin werde sowohl das Jahr 2018 ausgewertet als auch ein Resümee zum Abschluss der Wahlperiode gezogen.